

MONITOR

SICHERHEIT

Wenn es Nacht wird in Deutschland

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu Kriminalitätsangst und der Akzeptanz von Maßnahmen gegen Kriminalität

Jochen Roose

- › Eine deutliche Mehrheit von 66 Prozent hält Kriminalität für ein (sehr) großes Problem.
- › Eine Mehrheit von 62 Prozent geht von einer (sehr) starken Zunahme der Kriminalität in Deutschland in den letzten fünf Jahren aus. Dies widerspricht der polizeilichen Kriminalstatistik.
- › Abends und nachts fühlt sich mehr als ein Drittel auf öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder an Haltestellen (sehr) unsicher.
- › Gut ein Drittel hat (sehr) große Angst vor Betrug im Internet. Rund 15 Prozent haben (sehr) große Angst vor Wohnungseinbruch, Diebstahl oder Gewaltverbrechen.
- › Die Überwachung öffentlicher Plätze per Video durch die Polizei sowie die Präsenz von Polizei auf Straßen und Plätzen finden mehrheitliche Zustimmung in allen Parteienanhängerschaften.
- › Daten zur Kriminalitätsbekämpfung grundsätzlich längerfristig zu speichern sowie automatisierte Gesichtserkennung an öffentlichen Plätzen, Flughäfen oder Bahnhöfen, wird mehrheitlich in den Anhängerschaften von CDU/CSU und SPD unterstützt.
- › Der verstärkte Einsatz von privatem Wachtschutz, der staatliche Zugriff auf private Daten, die Speicherung von Autokennzeichen auf großen Straßen, der uneingeschränkte Zugriff auf Verbindungsdaten für Telefon oder Computer durch die Polizei werden nicht mehrheitlich unterstützt.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Die Studie	2
Kriminalität als Problem	3
Kriminalitätsangst	7
Maßnahmen gegen Kriminalität	9
Die Bedeutung von Sicherheit	15
Literatur	16
Impressum	18

Einleitung

Es ist von zentraler Bedeutung für Menschen, sich sicher zu fühlen und nicht bedroht zu sein (Maslow 1943). So kann es kaum überraschen, dass die Sorge um Kriminalität, also die Bedrohung eben dieser Sicherheit, weit verbreitet und von erheblicher Bedeutung ist.

Allerdings sind nicht alle Menschen gleich besorgt. Manche fühlen sich stärker bedroht als andere, ohne dass die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Verbrechens zu werden, entsprechend unterschiedlich wäre.¹ Aber auch die Konsequenzen, die aus einer empfundenen Kriminalitätsbedrohung gezogen werden, sind unterschiedlich. Welche Rolle kommt dem Staat zu, welche Maßnahmen soll er ergreifen?

In einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung ist die Konrad-Adenauer-Stiftung diesen Fragen nachgegangen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Beurteilung verschiedener Maßnahmen, insbesondere von Rechten für die Polizei und die Ermittlungsbehörden.

Die Studie

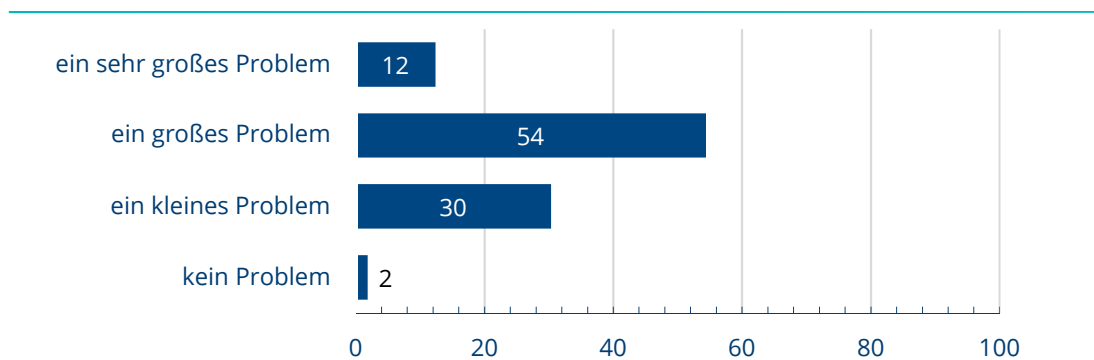
Zwischen dem 29. Oktober 2020 und dem 12. Dezember 2020 wurden insgesamt 3.023 zufällig ausgewählte Personen telefonisch befragt. Für die Stichprobe wurden nach dem Dual-Frame-Ansatz 60 Prozent Personen über Festnetznummern und 40 Prozent Personen über Mobilfunknummern kontaktiert. Um über potenziell besonders relevante Personengruppen Aussagen machen zu können, enthält die Stichprobe jeweils 100 Befragte aus den Grenzregionen zu Tschechien und zu Polen sowie aus ostdeutschen Großstädten mit mehr als 200.000 Einwohnern (ohne Berlin). Zur Auswertung werden die Daten so gewichtet, dass diese Personengruppen mit einem Anteil, der ihrer tatsächlichen Häufigkeit in der deutschen Bevölkerung entspricht, in die Gesamtergebnisse eingehen. Zudem berücksichtigt ein Gewicht bekannte Verzerrungen bei Umfragen nach Geschlecht, Altersgruppen und Schulabschluss. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die wahlberechtigten, deutschsprachigen Wohnbevölkerung.

Die Daten wurden vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap erhoben. Der Fragebogen wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung entworfen und die Auswertung der Rohdaten lag ebenfalls bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Kriminalität als Problem

Eine deutliche Mehrheit sieht Kriminalität in Deutschland als ein sehr großes oder großes Problem. 54 Prozent sind der Ansicht, Kriminalität sei ein großes Problem, 12 Prozent meinen, es sei sogar ein sehr großes Problem. Auf der anderen Seite sind nur 2 Prozent der Ansicht, Kriminalität in Deutschland sei kein Problem.

Abbildung 1: Kriminalität als Problem



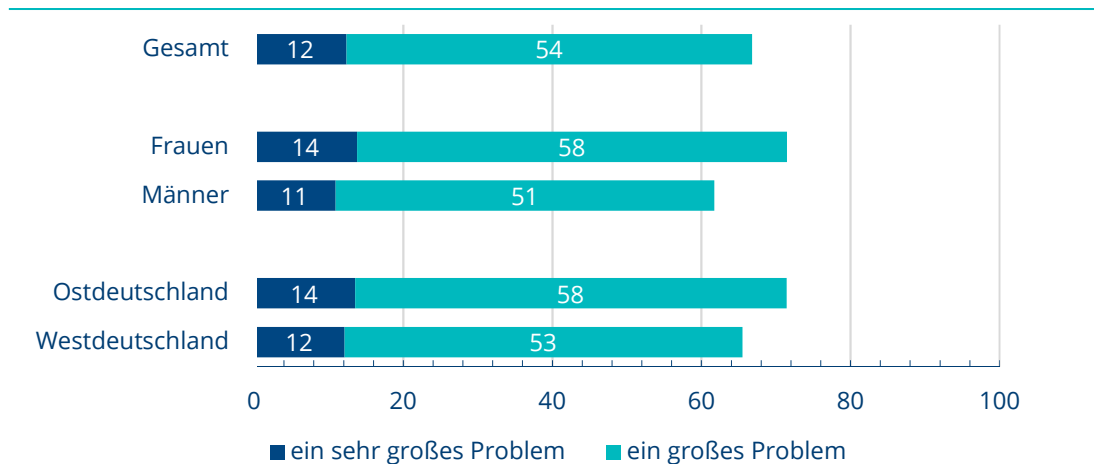
Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Wie schätzen Sie das ein: Ist Kriminalität in Deutschland ein sehr großes Problem, ein großes Problem, ein kleines Problem oder kein Problem?“

Das Meinungsbild, nach dem Kriminalität ein großes Problem ist, ergibt sich allerdings auch durch die direkte Frage, bei der die Befragten mit dem Thema direkt konfrontiert werden. In den Befragungen des Politbarometers, das zweiwöchentlich offen nach aktuellen wichtigen politischen Problemen fragt, kommt Kriminalität kaum vor.² Im Juni 2020 erreicht Kriminalität als aktuelles Problem in den Umfragen des Politbarometer einstellige Prozentwerte, in den übrigen Befragungen 2020 und bis Juni 2021 wird das Thema in keiner dieser Umfragen von mehr als 1 Prozent der Befragten erwähnt. Es handelt sich um ein in der Wahrnehmung durchaus wichtiges Thema, das allerdings in den Augen der Bevölkerung unter den ganz drängenden politischen Problemen keine Rolle spielt.

Frauen sehen in Kriminalität ein größeres Problem als Männer. 71 Prozent der Frauen betrachten Kriminalität als sehr großes oder großes Problem, während dies nur 62 Prozent der Männer so sehen.³ Ein ähnlicher Geschlechterunterschied zeigt sich für die Angst, Opfer von verschiedenen Straftaten zu werden oder beim Sicherheitsempfinden an verschiedenen Orten.

Abbildung 2: Kriminalität als Problem – nach Geschlecht, Region



Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „ein kleines Problem“, „kein Problem“, „weiß nicht/keine Angabe“.

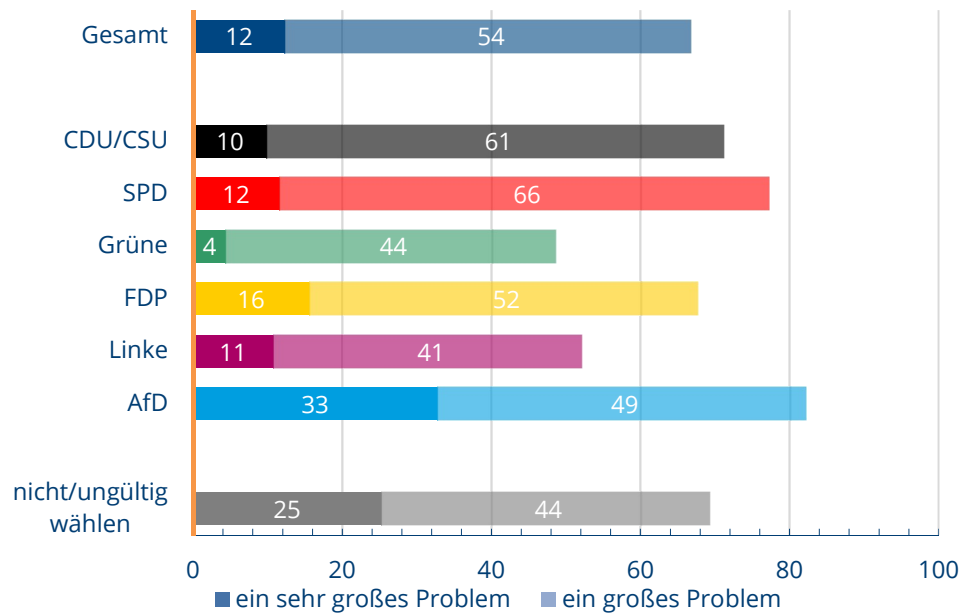
Frage: „Wie schätzen Sie das ein: Ist Kriminalität in Deutschland ein sehr großes Problem, ein großes Problem, ein kleines Problem oder kein Problem?“

Ähnliches gilt für den Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland. In Ostdeutschland betrachten 71 Prozent Kriminalität als sehr großes oder großes Problem in Deutschland, während es in Westdeutschland mit 66 Prozent etwas weniger sind.⁴ Auch dieser Unterschied zeigt sich für die Angst, Opfer von verschiedenen Delikten zu werden.

Ältere sehen deutlich häufiger Kriminalität als großes Problem im Vergleich zu Jüngeren (ohne Abbildung). Personen ab 65 Jahre sind zu 77 Prozent der Ansicht, die Kriminalität in Deutschland sei ein großes oder sehr großes Problem. Die Jüngeren zwischen 18 und 34 Jahren sind zu 34 Prozent dieser Ansicht.

Die Problemwahrnehmung in Großstädten ab 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (EW) ist etwas geringer als in kleineren Städten und auf dem Land.⁵

Abbildung 3: Kriminalität als Problem - nach Parteianhängerschaft

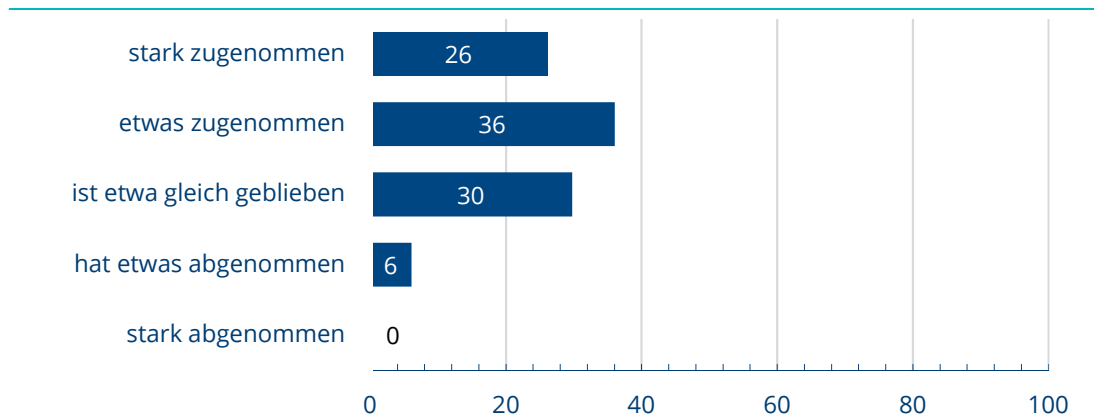


Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „ein kleines Problem“, „kein Problem“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Wie schätzen Sie das ein: Ist Kriminalität in Deutschland ein sehr großes Problem, ein großes Problem, ein kleines Problem oder kein Problem?“

Die Anhängerinnen und Anhänger der Parteien neigen in recht unterschiedlichem Ausmaß dazu, Kriminalität als Problem zu sehen, wobei in fast allen Anhängerschaften eine deutliche Mehrheit in Kriminalität ein großes oder sehr großes Problem sieht. Die Ausnahme sind die Grünen und die Linke, bei denen rund die Hälfte in der Kriminalität ein sehr großes oder großes Problem sieht. Auf der anderen Seite ist die Besorgnis um Kriminalität in der AfD-Anhängerschaft etwas größer. Vor allem die Beurteilung von Kriminalität als sehr großes Problem kommt mit 33 Prozent häufiger vor als in den Anhängerschaften der übrigen Parteien.

Abbildung 4: Veränderung der Kriminalität



Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ganz allgemein, wie ist Ihr Eindruck: Hat die Kriminalität in Deutschland in den letzten fünf Jahren stark zugenommen, etwas zugenommen, ist etwa gleich geblieben, hat etwas abgenommen oder stark abgenommen?“

Nach überwiegender Einschätzung hat die Kriminalität in Deutschland im Laufe der vergangenen fünf Jahre zugenommen. 62 Prozent gehen von einer Zunahme aus. 26 Prozent sehen sogar eine starke Zunahme. Während 30 Prozent meinen, es habe sich nicht viel verändert, geht kaum jemand von einer Abnahme aus. 6 Prozent meinen, die Kriminalität habe in den vergangenen fünf Jahren etwas abgenommen und weniger als 1 Prozent meint, die Kriminalität sei stark zurückgegangen.

Dieser Eindruck steht in deutlichem Kontrast zur Polizeilichen Kriminalstatistik. Die von der Polizei registrierten Straftaten pro 100.000 Einwohner sind von 7,80 (2015) auf 6,55 (2019) zurückgegangen. Im Jahr 2020, das von der Corona-Pandemie geprägt war, ging die Zahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner noch einmal auf 6,39 zurück. Da bereits im Zeitraum zuvor die registrierten Straftaten rückläufig waren, dürfte die Verringerung von 2019 zu 2020 nicht nur ein Effekt der Corona-Pandemie sein. Die Entwicklung ist nicht bei allen Deliktarten gleich, doch eine deutliche Zunahme lässt sich nicht erkennen. Auch wenn die Polizeiliche Kriminalstatistik nur die zur Anzeige gebrachten Straftaten enthält und entsprechend weitere Delikte hier nicht verzeichnet sind (vgl. Hanak/Steinert/Stehr 1989), ist eine deutliche Zunahme, wie von vielen Bürgerinnen und Bürgern unterstellt, sehr unwahrscheinlich.

Wie bei der Problemeinschätzung unterstellen auch mit Blick auf die Veränderung von Kriminalität Frauen und Ostdeutsche eine deutlich ungünstigere Entwicklung (ohne Abbildung). Während 22 Prozent der Männer vermuten, die Kriminalität in Deutschland habe in den vergangenen fünf Jahren stark zugenommen, vermuten dies 30 Prozent der Frauen. In Westdeutschland gehen 24 Prozent von einer starken Zunahme aus, in Ostdeutschland sind es 35 Prozent. Ältere gehen eher von einer starken Zunahme der Kriminalität aus als Jüngere. 33 Prozent der Personen über 65 Jahre denken, in den letzten fünf Jahren habe die Kriminalität stark zugenommen, während von den 18- bis 34-Jährigen nur 12 Prozent eine solche starke Zunahme vermuten. Es ist vor allem diese jüngere Gruppe, die nicht so häufig von einer starken Zunahme ausgeht, denn zwischen den Altersgruppen ab 35 Jahre gibt es kaum noch Unterschiede zu den Älteren in der Einschätzung der Veränderung.

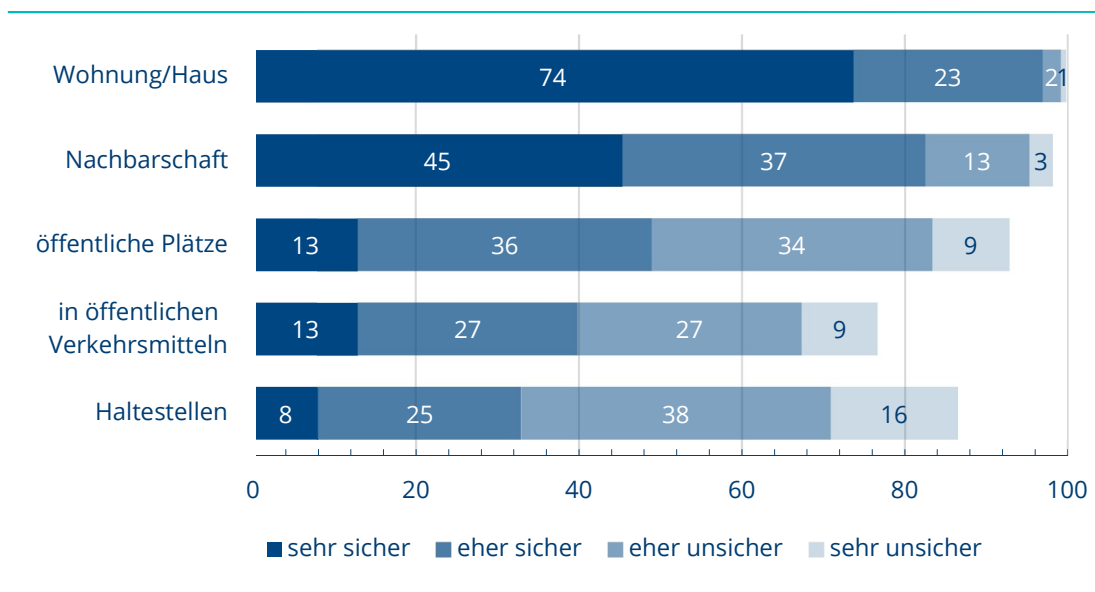
Die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen gehen mit 9 Prozent wiederum am seltensten von einer starken Zunahme aus. In den Anhängerschaften der Linken, der CDU/CSU, FDP und SPD gehen zwischen 21 Prozent und 27 Prozent von einer starken Zunahme aus. Dagegen vermuten 62 Prozent der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger eine starke Zunahme.

Kriminalitätsangst

Während die Sorge um Kriminalität als politisches Problem eine Gesamteinschätzung für Deutschland ist, bezieht sich die Kriminalitätsangst auf das persönliche Empfinden. Kriminalitätsangst wird hervorgerufen durch Anzeichen, die von der betreffenden Person – zu Recht oder zu Unrecht – mit Kriminalität in Verbindung gebracht wird. Die Frage nach dem Sicherheitsgefühl an verschiedenen Orten gibt einen Eindruck, welche Kontexte als potenziell gefährlich angesehen werden.

Tagsüber fühlen sich die Menschen durchweg sicher. Allein an Bahnhöfen oder Haltestellen fühlen sich tagsüber 10 Prozent eher unsicher und weitere 2 Prozent sehr unsicher, während an den übrigen Orten sich 6 Prozent und weniger eher oder sehr unsicher fühlen (ohne Abbildung).⁶

Abbildung 5: Situationsbezogenes Unsicherheitsgefühl abends und nachts



Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

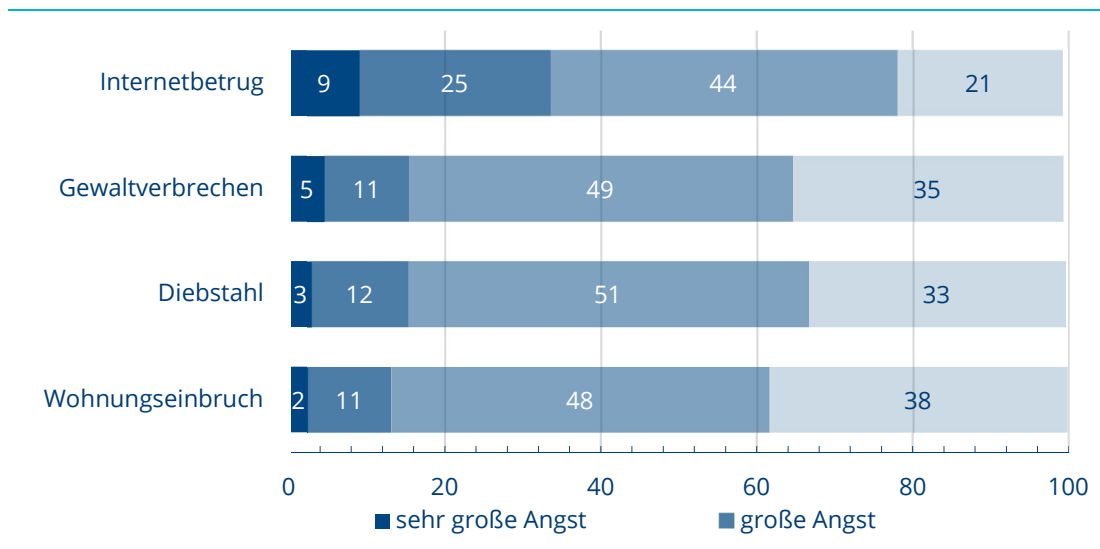
Frage-Fortsetzung (siehe Endnote 6): „Und wie ist das abends oder nachts – also wenn es draußen dunkel ist? Fühlen Sie sich da ...?“

Etwas anders ist die Situation abends und nachts. In der eigenen Wohnung oder dem eigenen Haus fühlen sich die Menschen durchweg sicher. Mit leichten Abstrichen gilt dies auch für die Nachbarschaft. Öffentliche Plätze und öffentliche Verkehrsmittel sind dagegen Orte, an denen sich mehr als ein Drittel abends und nachts eher oder sehr unsicher fühlt.⁷ Am häufigsten gibt es ein Unsicherheitsgefühl abends und nachts an Haltestellen. 16 Prozent fühlen sich in der Dunkelheit an Haltestellen sehr unsicher, weitere 38 Prozent eher unsicher. Somit fühlt sich eine Mehrheit von zusammengenommen 54 Prozent an Haltestellen abends und nachts nicht sicher.

Vor allem Frauen fühlen sich in der Dunkelheit an Haltestellen unsicher (ohne Abbildung). 23 Prozent der Frauen, aber nur 8 Prozent der Männer fühlen sich sehr unsicher an einer Haltestelle im Dunkeln.

Das Gefühl von Unsicherheit ist in der Anhängerschaft der AfD häufiger, als dies für andere Parteiangehörigen gilt. Beispielsweise fühlen sich in ihrer Nachbarschaft bzw. ihrem Stadtteil im Dunkeln 11 Prozent sehr unsicher und weitere 18 Prozent eher unsicher, während sich in der Gesamtbevölkerung 3 Prozent sehr unsicher und 13 Prozent eher unsicher fühlen. Vor allem sehr unsicher fühlen sich mehr AfD-Anhängerinnen und -Anhänger als andere.

Abbildung 6: Deliktbezogenes Unsicherheitsgefühl



Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“. Internetbetrug: nur Nutzerinnen und Nutzer des Internets. Frage: „Haben Sie Angst ...? [In zufälliger Reihenfolge:] ... davor, Opfer eines Betrugs im Internet zu werden [nur Internetnutzerinnen und -nutzer]; ... davor, Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden; ... dass bei Ihnen in der Wohnung eingebrochen wird; ... dass Ihnen etwas gestohlen wird.“

Das Delikt, vor dem die Meisten Angst haben, ist ein Onlinebetrug. 25 Prozent haben große Angst und weitere 9 Prozent haben sehr große Angst davor, Opfer eines Betrugs im Internet zu werden. Lediglich 21 Prozent aller Personen, die online sind, haben davor keine Angst.

Die Angst, Opfer anderer Delikte zu werden, ist nicht sehr weit verbreitet. Zwischen 11 Prozent und 12 Prozent haben jeweils große Angst, Opfer eines Diebstahls, eines Gewaltverbrechens oder eines Wohnungseinbruchs zu werden. Jeweils rund die Hälfte hat davor nicht so große Angst. Sehr große Angst, Opfer einer dieser Straftaten zu werden, haben mit 2 bis 5 Prozent recht wenige.

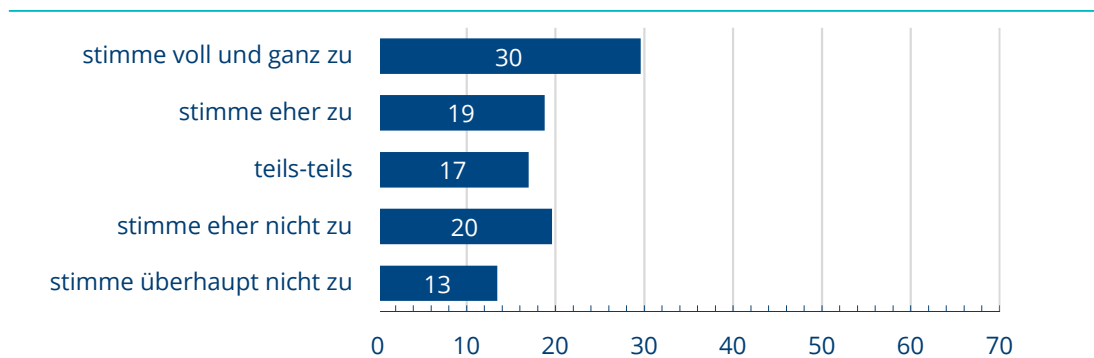
Während es bei der Angst vor einem Wohnungseinbruch keinen Geschlechterunterschied gibt, haben Frauen bei den anderen drei Delikten tendenziell etwas größere Angst (ohne Abbildung). Bei einem Gewaltverbrechen ist es am deutlichsten ausgeprägt. 2 Prozent der Männer, aber 7 Prozent der Frauen haben sehr große Angst, Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden. Große Angst haben 8 Prozent der Männer und 14 Prozent der Frauen. Doch auch Angst, Opfer eines Internetbetrugs zu werden, ist bei Frauen mit 36 Prozent (sehr große und große Angst) etwas häufiger als bei Männern mit 31 Prozent.

Unter den Anhängerinnen und Anhängern der AfD haben bei den abgefragten vier Delikten meist mehr Menschen große oder sehr große Angst, Opfer zu werden, als im Durchschnitt. So haben 23 Prozent in der AfD-Anhängerschaft große oder sehr große Angst, Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden (gesamt 15 Prozent).⁸ In den Anhängerschaften der Grünen sind es etwas weniger, die Angst haben, Opfer dieser Straftaten zu werden, während sich die übrigen Partei-anhängerschaften kaum vom Bevölkerungsdurchschnitt unterscheiden.

Maßnahmen gegen Kriminalität

Bei den Maßnahmen gegen Kriminalität gibt es in einer grundlegenden Frage eine sehr deutliche Mehrheit. Die Meisten sind der Ansicht, es sei Aufgabe des Staates, für Schutz vor Kriminalität zu sorgen. 70 Prozent stimmen dieser Aussage zu und lehnen dabei die Hauptverantwortung jeder und jedes Einzelnen ab.⁹ Männer sehen dabei den Staat noch etwas stärker in der Pflicht als Frauen (75:65 Prozent). Am häufigsten wird in der AfD-Anhängerschaft die staatliche Verantwortung bei der Sicherung gegen Kriminalität gesehen (81 Prozent), während die Anhängerinnen und Anhänger der CDU/CSU mit 66 Prozent im Vergleich etwas zurückhaltender bei der staatlichen Hauptverantwortung sind, doch auch bei ihnen sieht eine große Mehrheit den Staat in der Pflicht.

Abbildung 7: Mit höheren Strafen würde es deutlich weniger Kriminalität geben



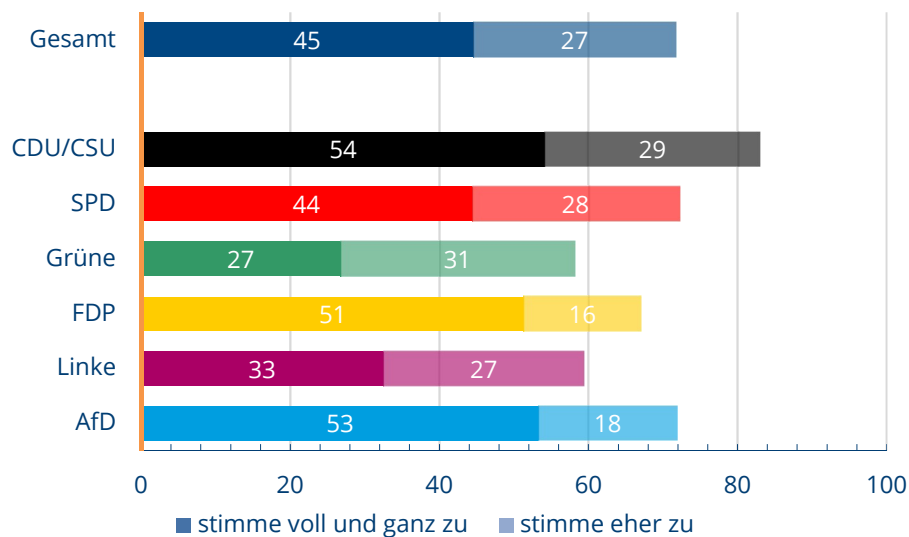
Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich lese Ihnen jetzt verschiedene Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. (...) Mit höheren Strafen würde es deutlich weniger Kriminalität geben.“

Die Rolle von Strafen wird sehr unterschiedlich beurteilt. Rund die Hälfte ist der Ansicht, höhere Strafen würden zu deutlich weniger Kriminalität führen, während ein Drittel nicht dieser Ansicht ist. In Ostdeutschland ist diese Ansicht deutlich weiter verbreitet als in Westdeutschland (Ost: 58 Prozent, West: 46 Prozent; stimme voll und ganz oder eher zu; ohne Abbildung). Die Anhängerinnen und Anhänger der AfD halten diesen Ansatz am häufigsten für richtig. 47 Prozent von ihnen stimmen der Aussage voll und ganz zu. Dem stehen die Anhängerschaften von Grünen und Linken gegenüber, die nur zu 15 Prozent bzw. 13 Prozent voll und ganz zustimmen.

Einige ausgewählte konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität werden in unterschiedlichem Maße unterstützt.

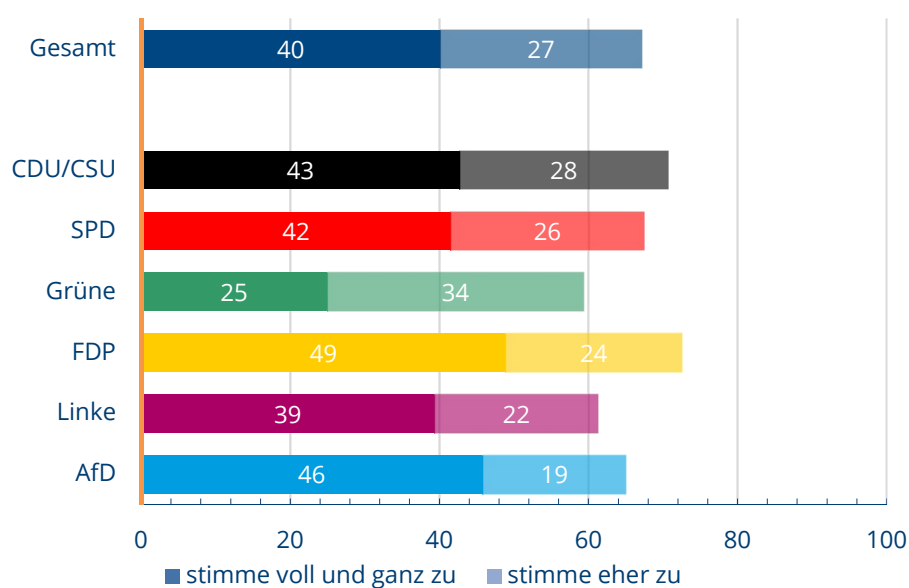
Abbildung 8: „Die Polizei sollte öffentliche Plätze per Video überwachen dürfen.“



Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. (...) Die Polizei sollte öffentliche Plätze per Video überwachen dürfen.“

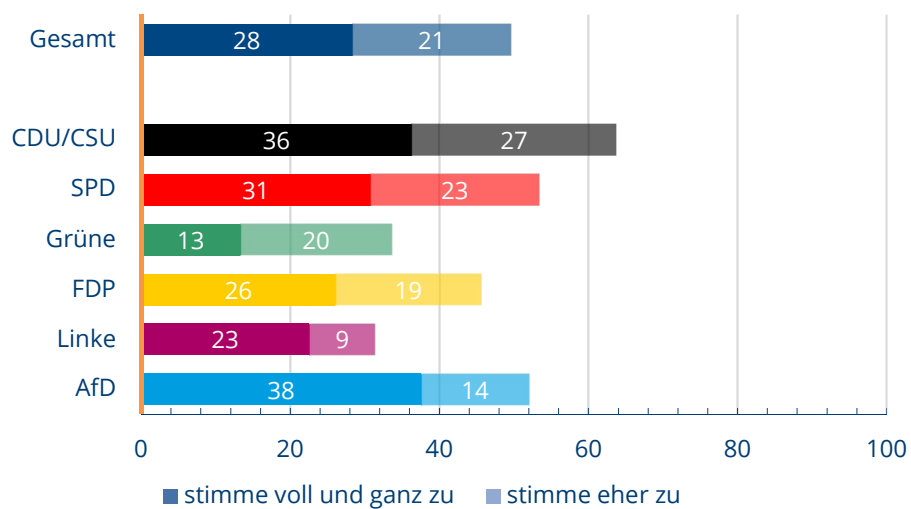
Abbildung 9: „Auf Straßen und Plätzen muss die Polizei sichtbar sein, um Kriminalität zu verhindern.“



Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. (...) Auf Straßen und Plätzen muss die Polizei sichtbar sein, um Kriminalität zu verhindern.“

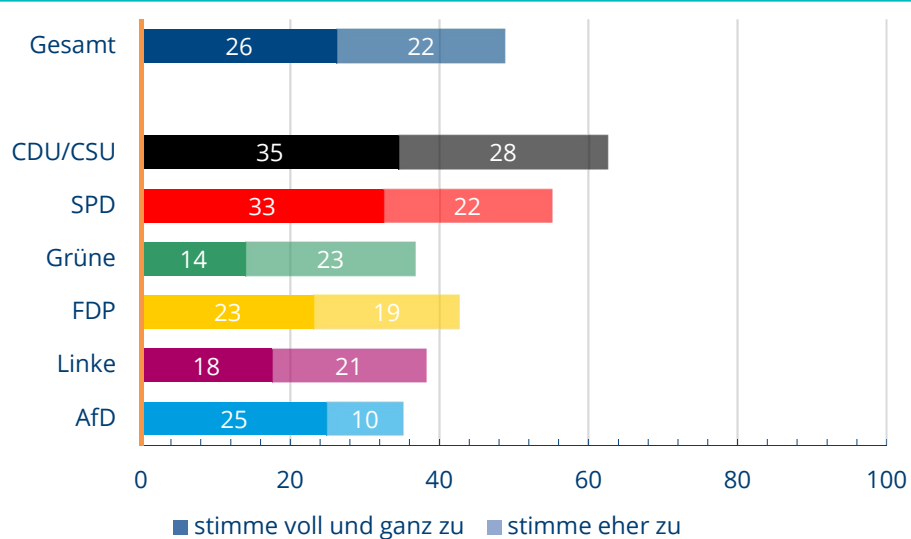
Abbildung 10: „Die Polizei sollte eine automatisierte Gesichtserkennung an öffentlichen Plätzen, in Bahnhöfen und Flughäfen einsetzen dürfen.“



Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. (...) Die Polizei sollte eine automatisierte Gesichtserkennung an öffentlichen Plätzen, in Bahnhöfen und Flughäfen einsetzen dürfen.“

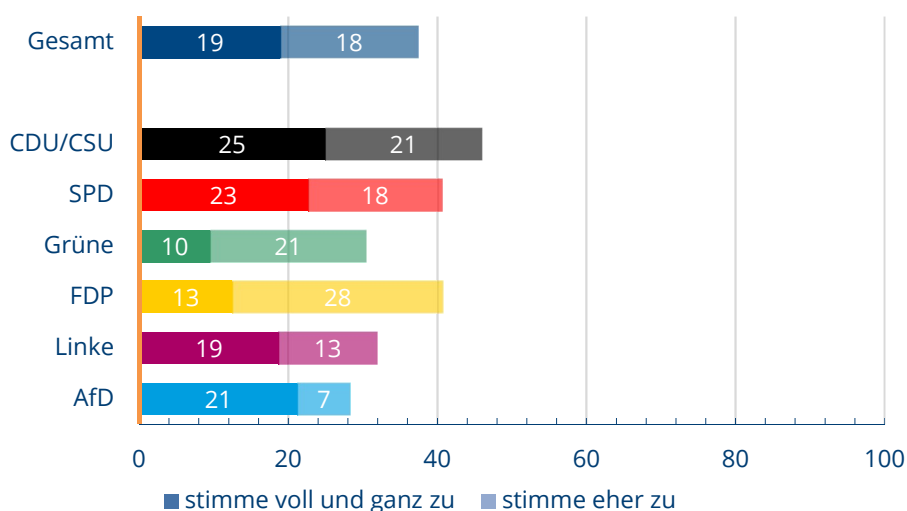
Abbildung 11: „Damit der Staat Straftaten aufklären kann, sollten grundsätzlich mehr Daten langfristig gespeichert werden.“



Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. (...) Damit der Staat Straftaten aufklären kann, sollten grundsätzlich mehr Daten langfristig gespeichert werden.“

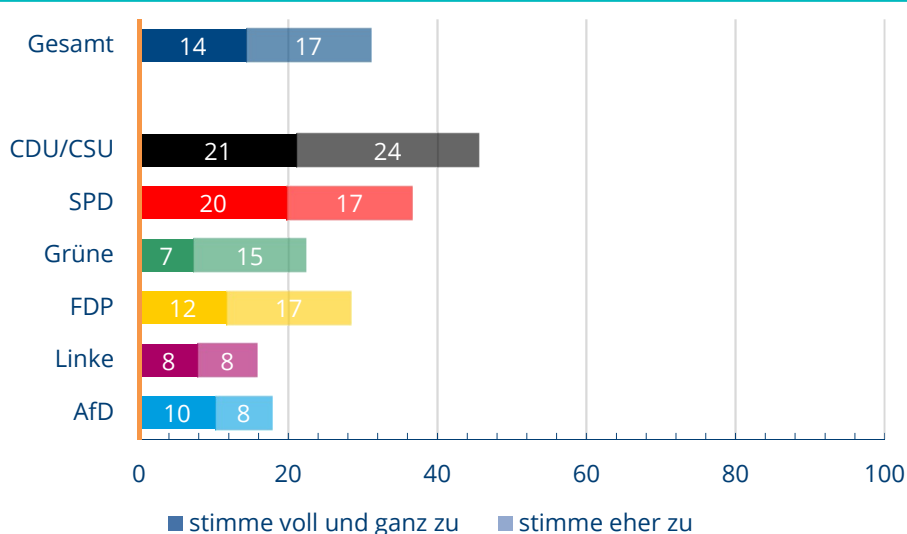
Abbildung 12: „Die Polizei sollte an großen Straßen die Kennzeichen der vorbeifahrenden Autos speichern dürfen.“



Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. (...) Die Polizei sollte an großen Straßen die Kennzeichen der vorbeifahrenden Autos speichern dürfen.“

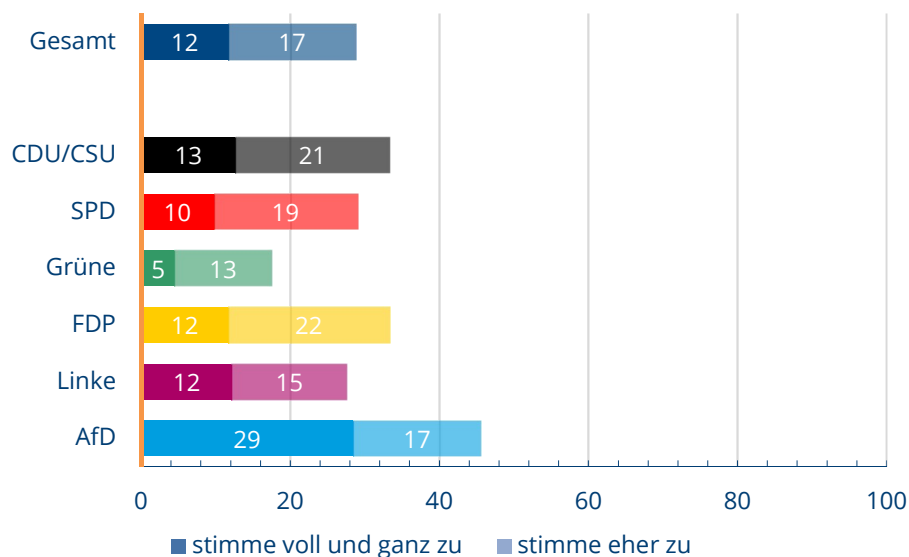
Abbildung 13: „Zum Schutz vor Kriminalität ist es mir wichtig, dass der Staat auf private Daten zugreifen kann.“



Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. (...) Zum Schutz vor Kriminalität ist es mir wichtig, dass der Staat auf private Daten zugreifen kann.“

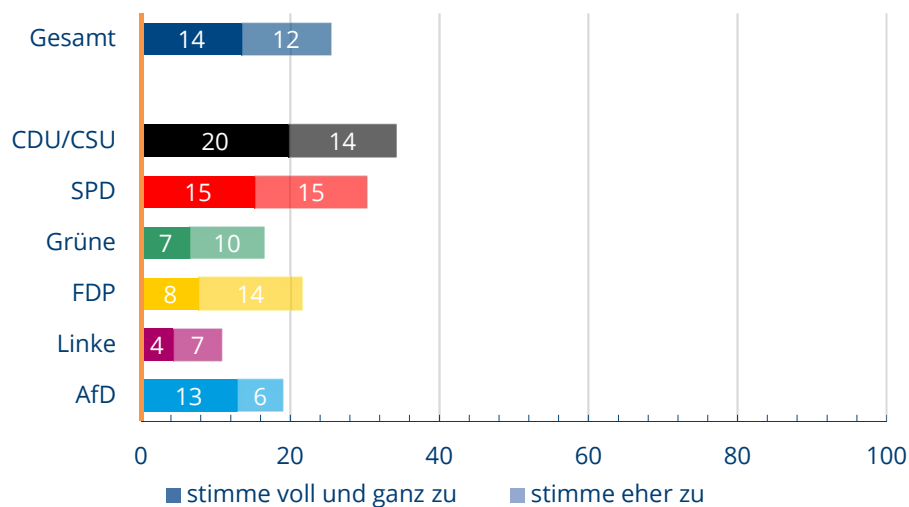
Abbildung 14: „Privater Wachschutz ist eine gute Maßnahme, um Kriminalität zu verhindern.“



Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. (...) Privater Wachschutz ist eine gute Maßnahme, um Kriminalität zu verhindern.“

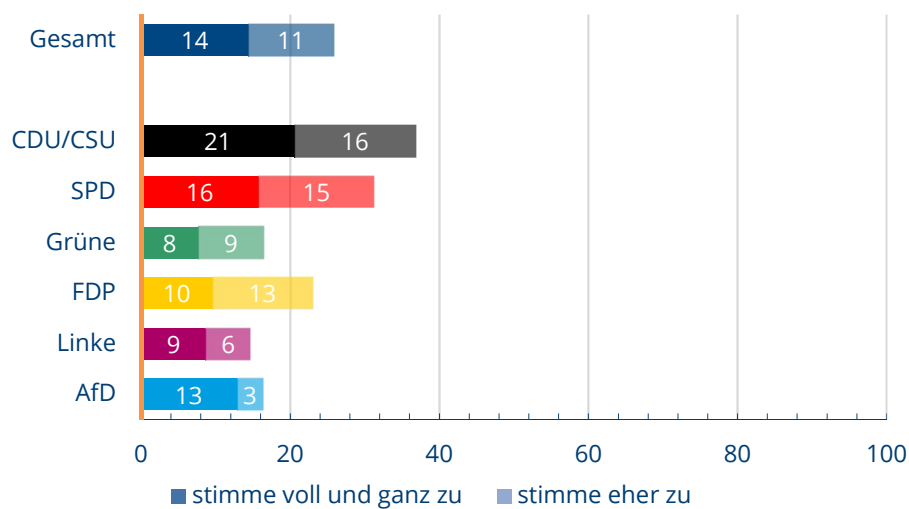
Abbildung 15: „Die Polizei sollte uneingeschränkten Zugriff auf Verbindungsdaten von Computern erhalten.“



Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. (...) Die Polizei sollte uneingeschränkten Zugriff auf Verbindungsdaten von Computern erhalten.“

Abbildung 16: „Die Polizei sollte uneingeschränkten Zugriff auf Verbindungsdaten von Telefonen erhalten.“



Quelle: Umfrage 1026 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen. (...) Die Polizei sollte uneingeschränkten Zugriff auf Verbindungsdaten von Telefonen erhalten.“

Bei der Zustimmung und Ablehnung der Maßnahmen nach Parteianhängerschaften zeigt sich ein Muster, das zwar nicht auf die Bewertung jeder einzelnen Maßnahme zutrifft, aber für die meisten Meinungsbilder gilt. Danach tendieren die Anhängerinnen und Anhänger der CDU/CSU dazu, die Maßnahmen mehr zu unterstützen als der Bevölkerungsdurchschnitt. Auf der anderen Seite ist bei den Anhängerschaften von Linke, Grünen und AfD die Unterstützung im Vergleich geringer.

Dahinter lassen sich unterschiedliche Zugänge zu dem Thema Kriminalität vermuten.¹⁰ In der Anhängerschaft der Grünen hat das Problem als solches keine hohe Relevanz. Zudem ist das Vertrauen in die Mitmenschen relativ hoch. Dies führt zu einer geringeren Zustimmungstendenz bei den Maßnahmen gegen Kriminalität.

In der AfD-Anhängerschaft ist die Problemwahrnehmung ausgesprochen hoch (vgl. Abbildung 3) und das Vertrauen in andere Menschen gering. Zudem ist das Unsicherheitsgefühl und die Angst, Opfer einer Straftat zu werden, bei Anhängerinnen und Anhängern der AfD stärker als im Bevölkerungsdurchschnitt. Dies würde für die Unterstützung der Maßnahmen sprechen. Dem steht aber das geringe Vertrauen in die Polizei entgegen. Dieses Misstrauen ist so ausgeprägt, dass die Zustimmung zu den Maßnahmen unterdurchschnittlich bleibt. Allenfalls privater Wachschutz (vgl. Abbildung 14) und die Überwachung durch die Polizei und ihre Anwesenheit (vgl. Abbildungen 8 und 9) finden etwas höhere Zustimmung.

Die Anhängerinnen und Anhänger der Linken sind bei der Problemwahrnehmung zurückhaltender. Sie sehen Kriminalität als nicht so großes Problem (Abbildung 3). Zudem ist das Vertrauen in andere Menschen etwas überdurchschnittlich. Das Unsicherheitsgefühl und die Angst, Opfer einer Straftat zu werden, ist in der Anhängerschaft der Linken unterdurchschnittlich. Außerdem vertrauen die Anhängerinnen und Anhänger der Linken der Polizei weniger als im Bevölkerungsg-

durchschnitt, wobei sie größeres Vertrauen haben als die AfD-Anhängerschaft. Zusammengekommen ergibt sich daraus die geringste Unterstützung für die staatlichen Maßnahmen gegen Kriminalität.

Auf der anderen Seite unterstützen die Anhängerinnen und Anhänger der CDU/CSU die Maßnahmen am stärksten. Dabei sehen sie in der Kriminalität ein ähnlich großes Problem wie die Bevölkerung insgesamt (vgl. Abbildung 3). Ihr Vertrauen in andere Menschen ist ebenfalls so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt. Ähnlich ist es bei dem Unsicherheitsgefühl und der Angst, Opfer einer Straftat zu werden. In all diesen Aspekten unterscheidet sich die CDU/CSU-Anhängerschaft nicht wesentlich vom Bevölkerungsdurchschnitt. Ein Unterschied liegt im Vertrauen in die Polizei, indem sich wohl weitergehend noch einmal eine Vorstellung von einem ordnenden Staat niederschlägt. Die Maßnahmen gegen Kriminalität wären demnach nicht die Lösung eines persönlich empfundenen Problems, sondern sie entsprechen der Vorstellung darüber, wie die Gesellschaft organisiert sein soll und die staatlichen Institutionen, insbesondere die Polizei, sind geeignet, mit verschiedenen Maßnahmen für diese Ordnung zu sorgen.

Die Bedeutung von Sicherheit

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis und so überrascht es wenig, wie wichtig den Menschen Schutz vor Kriminalität ist. Ein genauerer Blick macht aber deutlich, dass die Problemwahrnehmung einer eigenen Logik folgt und nur bedingt an die tatsächliche Kriminalitätsentwicklung gekoppelt ist. Die Sorge um und die Zunahme an Kriminalität lassen sich nicht mit sinkender tatsächlicher Kriminalität aus der Welt schaffen.

Zudem werden mit der Politik im Feld der inneren Sicherheit unterschiedliche Erwartungen verbunden. Für die Menschen ist die Bewältigung konkreter Situationen, die mit einem Unsicherheitsgefühl besetzt sind, wichtig oder die Reduzierung konkreter Bedrohungen. Es geht aber auch um eine Ordnungs- und Gerechtigkeitsvorstellung für die Gesellschaft. Schließlich ist das Vertrauen in die Akteure, die Sicherheit herstellen, von grundlegender Bedeutung für die präferierten Ansätze zum Umgang mit Kriminalität. Menschen, die der Polizei vertrauen, sind bereit, Maßnahmen gegen Kriminalität in ihre Hände zu legen.

Die Politik der Inneren Sicherheit steht damit vor einer komplexen Aufgabe, die mit Kriminalität, Kriminalitätsangst und Vorstellungen einer angemessenen Gesellschaftsordnung umgehen muss.

Literatur

Gerhold, Lars/Dorner, Kilian/Brandes, Edda/Hartmann, Jennifer, 2020: Subjektives Sicherheitsempfinden und subjektive Sicherheitswahrnehmung. In: Gerhold, Lars (Hrsg.): Sicherheitsempfinden, Sicherheitskommunikation und Sicherheitsmaßnahmen. Ergebnisse aus dem Forschungsverbund WiSima. Berlin: Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, Freie Universität Berlin (Schriftenreihe Sicherheit, 27), S. 9-58.

Hanak, Gerhard/Steinert, Heinz/Stehr, Johannes, 1989: Ärgernisse und Lebenskatastrophen. Über den alltäglichen Umgang mit Kriminalität. Bielefeld: AJZ.

Heinz, Wolfgang/Spiess, Gerhard, 2001: Kriminalitätsfurcht. Befunde aus neuen Repräsentativbefragungen. In: Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Raum und Kriminalität. Sicherheit der Stadt. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 147-191.

Hirtenlehner, Helmut/Hummelsheim-Doss, Dina/Sessar, Klaus, 2018: Kriminalitätsfurcht. Über die Angst der Bürger vor dem Verbrechen. In: Hermann, Dieter/Plöge, Andreas (Hrsg.): Kriminalsoziologie. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos, S. 459-474.

Maslow, Abraham, 1943: A Theory of Human Motivation. *Psychological Review* 50(4), S. 370-396.

Reuband, Karl-Heinz, 2009: Kriminalitätsfurcht. Erscheinungsformen, Trends und soziale Determinanten. In: Lange, Hans-Jürgen/Ohly, H. Peter/Reichert, Jo (Hrsg.): Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 233-251.

Ziegleder, Diana/Kudlacek, Dominic/Fischer, Thomas A., 2011: Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. Berlin: Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, Freie Universität Berlin (Schriftenreihe Sicherheit, 5).

-
- 1 Überblicke zur Forschung über Kriminalitätsfurcht finden sich unter anderem bei Heinz/Spiess (2001), Hirtenlehner/Hummelsheim-Doss/Sessar (2018), Reuband (2009) und Ziegleder/Kudlacek/Fischer (2011).
 - 2 Quelle: Politbarometer. Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen, zusammengestellt auf wahlen.kas.de – Demoskopie – Politische Probleme und Problemlösungskompetenz. Bei der Umfrage können bis zu zwei Probleme genannt werden. Es gibt keine vorgegebenen Antworten.
 - 3 Der Prozentwert der zusammengezogenen Kategorien weicht von der Summe der Prozentwerte für die Einzelkategorien aufgrund von Rundungen ab.
 - 4 Der Unterschied zwischen der Summe der einzelnen Prozentwerte in der Abbildung und dem angegebenen Prozentwert für die kombinierten Antwortkategorien entsteht durch Rundung.
 - 5 Für diese Frage ist der Ost-West-Unterschied zu beachten. In den westdeutschen Großstädten ab 200.000 EW sind 52 Prozent der Ansicht, die Kriminalität habe etwas oder stark zugenommen, während 63 Prozent der übrigen Westdeutschen dieser Ansicht sind. In den ostdeutschen Großstädten ab 200.000 EW sind 61 Prozent der Ansicht, die Kriminalität habe etwas oder stark zugenommen, im Vergleich 70 Prozent bei den übrigen Menschen in Ostdeutschland.
 - 6 Die Frageformulierung lautet: „Im Folgenden geht es weiter um Fragen von Kriminalität. Ich nenne Ihnen nun einige Orte und Sie sagen mir bitte, ob Sie sich an diesen Orten im Allgemeinen sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder sehr unsicher fühlen. Wie ist das ...?“ In zufälliger Reihenfolge: „in Ihrer Wohnung oder Ihrem Haus“, „in Ihrer Nachbarschaft oder Ihrem Stadtteil“, „auf öffentlichen Plätzen“, „an Bahnhöfen, Bushaltestellen oder anderen Haltestellen“, „in öffentlichen Verkehrsmitteln – also in Bussen, Bahnen, Straßenbahnen“.
 - 7 Es sind vielfältige Situationen, die im öffentlichen Raum und in öffentlichen Verkehrsmitteln zum Gefühl der Unsicherheit führen. Eine detaillierte Analyse von empfundener Unsicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln haben Gerhold und Kollegen (2020) mit einer automatisierten App-basierten Befragung während der Benutzung der Verkehrsmittel unternommen.
 - 8 Durch Rundung weicht der Prozentwert für zwei zusammengefasste Antwortkategorien von der Summe der Einzelwerte ab.
 - 9 Die Frage lautete: „Welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu? Vor allem der Staat muss für Schutz vor Kriminalität sorgen. – Vor allem jeder einzelne muss sich vor Kriminalität schützen.“
 - 10 Diese Argumentation beruht auf einer multivariaten Analyse. Dabei wurde zum einen die Zustimmung zu den verschiedenen Maßnahmen, zusammengefasst in einem Index (Cronbachs Alpha .832), erklärt durch das Vertrauen in andere Menschen, Vertrauen in die Polizei, Problemeinschätzung der Kriminalität (vgl. Abbildung 1), der zusammengefassten Unsicherheit an verschiedenen Orten (Cronbachs Alpha .821, vgl. Abbildung 5) und der zusammengefassten Viktimisierungsangst (Cronbachs Alpha .711, vgl. Abbildung 6). Die Einflüsse dieser Variablen auf die Zustimmung zu den Maßnahmen sind signifikant auf dem Ein-Prozent-Niveau, auch unter Kontrolle von West-Ost, Geschlecht, Alter, Bildung und Bewertung des Haushaltseinkommens (sehr gut leben, gut leben, zurechtkommen, nur schwer/sehr schwer zurechtkommen). Zum anderen wurden die Zusammenhänge dieser Variablen mit der Parteiwahl in einem multinomial-logistischen Modell betrachtet.

Impressum

Der Autor

PD Dr. Jochen Roose studierte an der Freien Universität Berlin Soziologie. Nach einer Promotion als Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und einer Station an der Universität Leipzig habilitierte er an der FU Berlin in Soziologie. Als Professor war er an der Universität Hamburg, der FU Berlin und der Universität Wrocław (Breslau) beschäftigt, bevor er 2018 als Koordinator für Umfragen und Parteienforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung zur Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin, wechselte. Seit Januar 2020 arbeitet er in der Wahl- und Sozialforschung für die Hauptabteilung Analyse und Beratung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

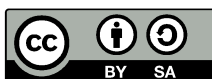
PD Dr. Jochen Roose

Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3798

jochen.roose@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).